

Montag (Nachmittag), 29. November 2021 / Lundi après-midi, 29 novembre 2021

Grosser Rat / Grand Conseil

**5 2021.RRGR.170 Parlamentarische Initiative 101-2021 FDP (Arn, Muri b. Bern)
Mittel- bis langfristige Verbesserung des Steuerstandortes Bern im interkantonalen Vergleich
Beschluss über vorläufige Unterstützung (Art. 69 Abs. 3 GO)**

**5 2021.RRGR.170 Initiative parlementaire 101-2021 PLR (Arn, Muri b. Bern)
Amélioration à moyen et à long terme de la fiscalité bernoise en comparaison intercantonale
Décision sur le soutien provisoire (art. 69, al. 3 RGC)**

Le président. Nous passons maintenant à l'affaire du point numéro 5 de l'ordre du jour. Il s'agit d'une initiative parlementaire. Le débat est libre, la CFin propose le rejet. Je laisse la parole pour commencer au représentant de la commission, M. le député Wyrsh – ou bien, vous voulez d'abord... oui, M. le député Arn, pardon, pour le groupe PLR, dépositaire de l'initiative parlementaire.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Initiant. Bei der Besteuerung juristischer Personen liegen wir im Kanton Bern schon heute am Schluss der Rangliste. Bei den natürlichen Personen sind wir schon bald so weit. Nur noch die Kantone Waadt, Basel-Landschaft und Genf sind schlechter positioniert als wir. Obschon: Diese können dann wieder bei den juristischen Personen punkten, weil sie dort etwa 14 Prozent Gewinnsteuerbelastung haben. Aber jetzt zu den natürlichen Personen, die ja Gegenstand dieser parlamentarischen Initiative sind. Durch die Streichung der Berufskostenpauschalen, die Begrenzung des Pendlerabzugs und die Erhöhung des Eigenmietwerts hat sich die Situation bei der Besteuerung der natürlichen Personen in den letzten Jahren im Kanton Bern verschärft. Viele gut situierte Personen und auch Kadermitarbeitende nehmen bereits heute ausserhalb des Kantons einen Wohnsitz, was auch immer weniger Steuersubstrat bedeutet. Der Regierungsrat hat schon in der Wirtschaftsstrategie 2025 folgendes festgehalten – ich zitiere einen kleinen Teil: «Zudem will er sich den nötigen finanzpolitischen Handlungsspielraum erarbeiten, um auch die Steuerbelastung der natürlichen Personen zu senken. Dies ist ein wichtiges Element für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes und beeinflusst die Zuwanderung. Dagegen erachtet er es als nicht realistisch, die Belastung unter das schweizerische Mittel zu senken.» Dem ist eigentlich überhaupt nicht viel beizufügen.

Wir wollen mit dieser parlamentarischen Initiative dafür sorgen, dass die Zielsetzung der Senkung der Steuerbelastung für die natürlichen Personen auf ein erträgliches Mass endlich angesteuert wird. Wir haben, wie der Regierungsrat, Verständnis dafür, dass der Kanton eine Zielsetzung «Schweizerisches Mittel» nicht erreichen kann. Eine Klammerbemerkung: Es müsste aber eigentlich fast möglich sein, wenn man denkt, dass der Kanton Bern eigentlich eine kleine Schweiz ist mit einem Mittelland, Städten und Bergen. Aber lassen wir das.

Es geht also darum, ein längerfristiges, steuerpolitisches Ziel zu setzen. Wir haben uns in dieser parlamentarischen Initiative im Moment auf die Einkommenssteuer der natürlichen Personen beschränkt, weil bei den juristischen Personen momentan einiges im Nebel liegt; Stichwort OECD auf 15 Prozent. Wenn man dann die juristischen Personen noch einbeziehen möchte, so kann das natürlich die FiKo jederzeit machen – so, wie dies auch bei der parlamentarischen Initiative Köpfli (PI 189-2019) gemacht wurde, bei der eine Ausdehnung der Investitionsbetrachtung auf die laufende Rechnung diskutiert wurde. Grundsätzlich ist es heute durchaus üblich, dass man in den einzelnen Bereichen auch verfassungsmässige Zielsetzungen setzt. Wir haben das auch bei der parlamentarischen Initiative gesehen, welche die Klimabestimmungen in der Verfassung ausgelöst hat, die wir grundsätzlich angenommen haben (PI 187-2018).

Nach der vorläufigen Unterstützung durch den Grossen Rat wäre es ja dann der FiKo nachher ohne weiteres möglich, auch noch den Wortlaut der vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung ihren Vorstellungen anzupassen. Das ist ja eben gerade der Vorteil einer parlamentarischen Initiative gegenüber der Motion: Man muss zwar ein Verfahren mit einem konkreten Vorschlag anstossen, wie bei diesen beiden Initiativen, die ich vorhin angesprochen habe. Die Grossratskommission ist aber nachher frei, daran zu arbeiten und auch die Thematik, und vor allem auch den Text, zu ändern. Bitte diskutieren wir also hier in diesem Saal eher grundsätzlich darüber, ob Sie, wie wir, einen steuerpolitischen Wegweiser in der Verfassung möchten.

Gerne erwähne ich noch die möglichen Anpassungen, welche die FiKo vielleicht später auch beschliessen könnte. Es geht ja vor allem um die Stellschrauben, bei denen wir Möglichkeiten haben. Man könnte z. B. – oder vielleicht sollte man es auch – den Durchschnitt aller Gemeinden als Referenz nehmen, statt die teuerste Gemeinde. Man könnte auch die 110-Prozent-Ziellinie höher setzen. Auch das hätte einen Einfluss auf die Reduktion der Entlastungswirkung, und es würde sogar die Zielerreichung erleichtern. Man könnte auch die Jahreszahl des Ziels hinausschieben und somit die Schritte zur Erreichung quantitativ verkleinern. Man könnte auch die vorgenannten Stellschrauben miteinander kombinieren, und man kann eben sogar die juristischen Personen einbeziehen. Vielleicht existieren noch weitere Möglichkeiten. Eine vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative eröffnet der Politik – eben im Unterschied zum Instrument der Motion – eine kreative Weiterentwicklung des ursprünglich eingereichten Texts.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, der Kanton Bern ist ein starker Kanton mit einer starken Wirtschaft ... *(Kurzer Unterbruch der Audioübertragung. Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Brève interruption de la retransmission audio. Le président demande à l'orateur de conclure.)* ... generiert. Wir sind attraktiv, liegen im Zentrum der Schweiz, doch wir beziehen fast 1 Mrd. Franken Lastenausgleich. Auch da sind wir Spitzenreiter. Wir sind es aber unseren Bürgern schuldig, uns endlich zu bewegen und die Steuersituation erträglicher zu gestalten, und zwar für alle Einkommensstufen. Die parlamentarische Initiative hat ein Beispiel ... *(Kurzer Unterbruch der Audioübertragung. Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Brève interruption de la retransmission audio. Le président demande encore une fois à l'orateur de conclure.)* ..., das sind Spielregeln. Wenn wir die vorläufige Unterstützung nicht geben, lassen wir unsere Bürger im Regen stehen und scheren uns um unsere Verantwortung. Ich danke für die vorläufige Unterstützung.

Daniel Wyrsh, Jegenstorf (SP), FiKo-Sprecher. Die FiKo hat die vorliegende parlamentarische Initiative an ihrer Sitzung vom 4. November eingehend diskutiert und am Schluss mit 5 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt, respektive die vorläufige Unterstützung nicht gewährt. Die Mehrheit der FiKo möchte die parlamentarische Initiative aus den folgenden Gründen nicht weiterverfolgen. Mit der klaren Formulierung, wie sie vorliegt, sind diverse Mängel zum Vorschein gekommen. Ich hoffe, Sie haben die parlamentarische Initiative wirklich gelesen, in der es heisst: «in der Verfassung ist zu ergänzen», so, so, so, so, mit verschiedenen Punkten.

Es gibt vier Gründe, warum wir das abgelehnt haben. Erstens einmal: So, wie es formuliert ist – und von dem müssen wir heute einfach ausgehen –, ist mit zu hohen Steuerausfällen zu rechnen. Die parlamentarische Initiative hat jährliche Steuerausfälle von 1 Mrd. Franken beim Kanton und von 0,5 Mrd. Franken bei den Gemeinden zur Folge, was schlicht nicht umsetzbar ist, wenn wir die öffentlichen Aufgaben weiterhin wahrnehmen möchten. Eine Klammerbemerkung: Wir diskutieren über eine Investitionspriorisierung von 1 Mrd. Franken Neuverschuldung in zehn Jahren; hier wäre es 1 Mrd. Franken jährlich.

Je nach Steuerverteilung könnte der Kanton 1,5 Mrd. Franken Steuerausfälle haben. Es kommt dann darauf an, wie es zwischen Gemeinden und Kanton aufgeteilt wird. Aufgrund der unterschiedlichen Steueranlagen bei den Berner Gemeinden – ich denke da z. B. an Schelten mit 2,2 oder Courtelary mit 2,14 auf der einen Seite, auf der anderen Seite ist es Münchenbuchsee – spreche ich von Steuerausfällen von 22 bis 28 Prozent, wenn man die 110 Prozent für alle Einwohnerinnen und Einwohner wirklich einhalten können will. Das heisst, der Kanton müsste sich nach den Gemeinden mit dem höchsten Steuerfuss richten. Jede und jeder von Ihnen, die oder der in einer Exekutive bei

einer Gemeinde ist, weiss ganz genau, dass man nicht 22 bis 28 Prozent einsparen kann. Wahrscheinlich müsste dann einfach eine Gemeinde, die etwas reicher ist, Schelten eine Spende geben, damit Schelten mit der Steueranlage nicht so weit hinaufgehen müsste und damit alle anderen sie dann senken könnten. Also: Der Kanton müsste die Steuern ungefähr um 25 Prozent senken, was wiederum den schweizerischen Durchschnitt etwa um 3 Prozent senken würde. Oder es müsste dann die nächste Senkung beim Kanton geben, wenn man den schweizerischen Durchschnitt erreichen will.

Der zweite Punkt ist: Die ganze Sache, wie sie vorliegt, ist nicht praktikabel. Mit der Festlegung der gesamten Einkommenssteuer für alle Bernerinnen und Berner müsste man die Steuerlage immer wieder anpassen, je nachdem, was die Gemeinden machen, je nachdem welche Steuerabzüge man hat. Es müsste auch für alle verschiedenen Konstellationen gelten – sei das Zivilstand, sei das irgendwie mit oder ohne ein Eigenheim, irgend mit oder ohne Kinder und so weiter – wenn man die Grenze von 110 Prozent im schweizerischen Durchschnitt einhalten will. Mit all diesen verschiedenen Lebenskonstellationen müsste man die Steueranlage dauernd ändern und das wäre, glaube ich, für eine verlässliche Politik nicht so hilfreich.

Der dritte Punkt, warum wir sie abgelehnt haben, ist die falsche Reglementierung. Die Festschreibung einer Steuerhöhe in der Verfassung ist formal einfach falsch. Allfällige Steuertarife gehören ins Steuergesetz, die Festsetzung der Steueranlage gehört in den Grossen Rat und soll nicht irgendwie durch die kantonale Verfassung fremdbestimmt sein.

Der vierte Punkt ist natürlich, dass man sich auch überlegen müsste: Gibt es mögliche steuerliche Ausgleichs, wenn man die Einkommenssteuer senken würde? Man müsste vielleicht darüber nachdenken, bei den juristischen Personen hochzugehen, die Erbschaftssteuer, Grundstückgewinnsteuer und so weiter anzuheben. Man müsste auch nach irgendwelchen Teilausgleichen schauen, wenn man das überhaupt will.

Also, die parlamentarische Initiative wird oft gebraucht, wenn man die politische Diskussion anstossen möchte. Das hätte man auch mit einer parlamentarischen Initiative machen können, die weniger präzise ausformuliert gewesen wäre. Das wissen die Urheber genauso, ob es vor oder nach den Wahlen ist. Ein paar Ja-Stimmen sind in der FiKo zustande gekommen, weil man ein Zeichen setzen wollte. Das kann ich nachvollziehen. Man kann ein Zeichen setzen, indem man sich am Schluss auch einfach enthält.

Noch einmal: Die Mehrheit der FiKo hat das abgelehnt, ich bitte Sie, dies ebenso zu tun.

Le président. La parole est ouverte aux groupes. – Personne ne souhaite s'exprimer. – Einzel-sprecher ? – Alors, pour le groupe PS-JS-PSA, j'imagine, M. le député Egger.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Fraktionssprecher. Die vorliegende parlamentarische Initiative zur Verbesserung des Steuerstandorts Bern tönt für einige hier in diesem Saal vielleicht verlockend. Denn wer möchte nicht weniger Steuern bezahlen? Aber es wird Sie auch nicht überraschen – und zwar niemanden hier in diesem Saal –, dass ich im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion diese parlamentarische Initiative genauso ablehne, wie das auch die FiKo macht, die auch die vorläufige Unterstützung ablehnt, so, wie Sie hier vorliegt. Dani Wyrsch hat es im Namen der FiKo deutlich gesagt – oder im Namen der deutlichen Mehrheit der FiKo – warum sich der Kanton Bern die vorgeschlagene Änderung der Verfassung nicht leisten kann. Ich habe jetzt noch einmal mehr Gelegenheit, hier zu erklären, dass die SP zu Unrecht immer mehr verdächtigt wird, sie wolle immer nur die Steuern erhöhen. Denn diese Behauptung ist falsch.

Wenn wir es uns leisten könnten, die Steuern zu senken, dann würden wir jederzeit helfen, die Steuern für die tiefen und mittleren Einkommen zu entlasten. Aber als staatstragende und verantwortungsbewusste Partei wollen wir sicherstellen, dass der Kanton Bern immer genügend Mittel hat, um die vielfältigen Aufgaben wahrnehmen zu können. Wir könnten ja problemlos die Steuern senken, wenn unser Freund der eidgenössischen Brüder und Schwestern, wie man das so schön sagt, helfen würde, die Steuern zu harmonisieren oder wenigstens einen fairen Finanzausgleich zu machen, mit dem man die Nachteile, die wir ja hier haben, kompensieren kann.

Diese parlamentarische Initiative der FDP zielt eindeutig in eine falsche Richtung und sie hat einen Denkfehler; bei dem ich jedenfalls hoffe, es sei ein Denkfehler und nicht Absicht. Nämlich, wenn alle Gemeinden ihre Steuern in Richtung Schweizer Durchschnitt senken würden, dann würde ja der Durchschnitt automatisch auch sinken und die Steuern müssten dann noch einmal heruntergehen. Dann würden die schwächsten Gemeinden noch zusätzlich geschwächt.

Ich persönlich war ja Gemeindepräsident einer relativ steuerstarken Gemeinde. Zu meinem Glück, kann ich sagen. Aber auch aus dieser Perspektive kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendeine Gemeinde im Kanton Bern absichtlich und unnötig zu hohe Steuern von ihren Steuerzahlenden einzieht. Jeder Gemeinderat, jedes Parlament und jede Gemeindeversammlung, die ich kenne, setzen die Steuern möglichst tief an, aber nur so tief, dass die Gemeinde die Bedürfnisse und die Bedürfnisse der Gemeinde und die der Bewohner immer noch decken kann.

Eine technische Senkung der Einkommenssteuer würde ein solch vernünftiges Handeln verhindern, sehr erschweren und dann letztendlich den Kanton und die Gemeinden ruinieren. Deshalb, danke, dass Sie zugehört haben und all jenen, die dann helfen, das Begehren abzulehnen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. (*Grossrätin Imboden versucht vergeblich, das Rednerpult zu senken. / La députée Imboden tente en vain d'abaisser le pupitre des orateurs.*)

Ich war gerade irritiert, dieses Pult kann man ja nicht bewegen. Aber es geht auch so.

Ich kann kurz für die grüne Fraktion begründen, warum wir der Meinung sind, dass diese parlamentarische Initiative von Kollega Arn oder der FDP für den Kanton Bern unrealistisch, impraktikabel und auch ungut ist.

Ich möchte vielleicht ganz am Anfang mit dem Vergleich zur parlamentarischen Initiative zum Klimaartikel anfangen, den Kollega Arn – den ich ja sonst sehr schätze – in seinem Votum gemacht hat: Hier gibt es einfach einen grundlegenden Unterschied. Dort ging es darum, eine grundsätzliche Zielsetzung zu verankern, ohne aber die einzelnen Massnahmen und irgendeinen Meccano zu verankern. Ich hätte gerne die FDP gehört, wenn wir jetzt hier in der Verfassung geschrieben hätten, dass der CO₂-Ausstoss von den Gemeinden nicht mehr als 100 Prozent des Durchschnitts der Gemeinde, die den tiefsten CO₂-Ausstoss hat, betragen darf. Ich glaube, ich sehe deinem Blick an, wenn wir das gefordert hätten, hättest du wahrscheinlich zu Recht gesagt: «Das kann man nicht so in die Verfassung schreiben». Ja, genau, das kann man eben nicht so in die Verfassung schreiben, weil es einen Detaillierungsgrad hat und nicht verfassungsmässig ist.

Der Sprecher der Kommission hat vorhin gesagt, dass es im Technischen, in der Konstruktion dieser parlamentarischen Initiative so viele Probleme gibt, dass man wahrscheinlich keine Lösung finden wird. Es ist zu detailliert. Darum auch an die Adresse der Absender dieses Vorschlags: Wenn man ein Zeichen setzen will, muss man auch ein Zeichen fordern. Hier wird nicht ein Zeichen gefordert, sondern ein technokratisches Regulativ, das nicht ausformuliert ist, bei dem man nicht weiss, wohin es führt.

Vielleicht einfach kurz, worum es geht. Es geht um 1 Mrd. Franken Steuereinnahmen, die dem Kanton Bern jährlich fehlen würde, und den Gemeinden nochmals 500 Mio. Franken. Das ist nicht irgendwie im kleinen Bereich, da kann man auch nicht leicht schrauben und dann wird es besser, sondern es sind solch grosse Summen, solch grundlegende Fragen, bei denen wir von der grünen Fraktion der Meinung sind, das ist weder für die Gemeinden noch für den Kanton Bern zielführend.

Oder an die Adresse der FDP: Wenn wir auf diese 1 Mrd. Franken Steuereinnahmen verzichten, würde das ja bedeuten, dass wir jede zehnte Schulklasse oder jede zehnte Berufsschulklasse oder jedes zehnte Spital schliessen müssten. So viel macht nämlich ungefähr aus, auf 1 Mrd. Franken an Steuereinnahmen zu verzichten. Auch das zeigt, dass das nicht der Weg vom Kanton Bern sein kann. Die FDP wird mir dann entgegen: «Ja, man wird natürlich neue Steuerzahlerinnen und Steuerzahler anlocken, wenn wir dann hier tiefere Steuern hätten.» Es mag sein, dass ein paar Einzelne mehr in den Kanton Bern kommen würden.

Aber wenn man sich das einmal überlegt: Für 1 Mrd. Franken Steuereinnahmen – wenn es 20'000 Personen sind, die je 50'000 Steuern bezahlen, und das ist dann schon beträchtlich, wenn man 50'000 Franken Steuern bezahlt – braucht es 20'000 Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger. Oder wenn es eben 50'000 Personen sind, die 20'000 Franken Steuern pro Jahr bezahlen, braucht es

50'000. Ich glaube nicht, dass die FDP tatsächlich daran glaubt, dass 50'000 Leute aus dem Kanton Solothurn, aus dem Kanton Waadt – der ja notabene gleich hohe Steuern hat – oder woher auch immer kommen sollten. Ich glaube, das zeigt sehr deutlich, dass es eben impraktikabel ist.

Ich komme zum Schluss: Die FDP trat in den Siebzigerjahren mit dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» auf. Wenn ich den Vorstoss sehe, erinnert mich das sehr an diese Siebzigerjahre – ich war damals politisch nicht aktiv –, aber ich glaube, hier den Staat einfach so reduzieren zu wollen, ist nicht zielführend. Es ist ein Wunschprogramm. Es ist ein Zeichensetzen. Die grüne Fraktion ist der Meinung, dass wir hier in diesem Grossen Rat Realpolitik machen müssen. Zeichen setzen kann man vielleicht anderswo. Es ist vielleicht auch noch nicht gerade Weihnachten. Man kann den Wunschzettel vielleicht dem Weihnachtsmann oder der Weihnachtsfrau mitgeben. Das wäre vielleicht passender gewesen.

Lieber Kollega Arn, ich schätze dich sehr, aber dieser Vorstoss ist wirklich nicht adäquat für den Grossen Rat, und darum ist die grüne Fraktion gegen die vorläufige Überprüfung dieses Vorstosses. Er wird nicht besser, er ist grundsätzlich falsch konstruiert. Wir lehnen die vorläufige Unterstützung aus diesen Gründen klar ab.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP), Fraktionssprecherin. Die EVP – und das erwarten Sie vermutlich auch von uns – lehnt den Vorstoss einstimmig ab. Er zäumt das Pferd beim Schwanz auf, wie das so schön heisst. Normalerweise geht es darum, Steuern einzunehmen, damit der Staat seine Dienstleistungen für die Bevölkerung finanzieren kann. Steuern sorgen für gute Schulen, für sichere Strassen, dass die Blaulichtorganisationen gut ausgerüstet und im richtigen Moment am richtigen Ort sind, und so weiter. Steuern helfen aber auch, Geld umzuverteilen. Das Steuersystem sorgt dafür, dass auch arme Menschen im Spital gesund gepflegt werden können oder im Alter ein Einkommen haben, wovon sie leben können.

Als Grosser Rat ist es unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass das Geld am richtigen Ort ausgegeben wird, dass sorgfältig und haushälterisch damit umgegangen wird. Mit dieser Initiative soll nun alles umgedreht werden. Es geht nicht mehr darum, die Leistungen vom Staat zu finanzieren. Es geht in erster Linie darum, einen guten Platz im Steuerwettbewerb zu ergattern.

Was wollen die Initianten damit gewinnen? Bei den Unternehmenssteuern könnten wir dieses Vorgehen knapp noch verstehen. Hier greift der Steuerwettbewerb offensichtlich, es spielt tatsächlich eine Rolle, wie hoch die Unternehmenssteuern sind, wenn ein Unternehmen einen neuen Firmensitz auswählt. Bei den natürlichen Personen hingegen ist es entscheidend, wie viel Geld am Schluss im Portemonnaie ist. Dabei sind nicht nur die Steuern wichtig, sondern auch die Immobilienpreise, die Infrastruktur, die am Wohnort geboten wird, aber auch die familiäre Situation oder wo sich der Arbeitsplatz befindet. Gegenüber natürlichen Personen wäre es sicher das falsche Signal, wenn man die Qualität vom Service Public herunterfahren würde, um einen besseren Platz im Steuerwettbewerb zu erreichen. Das mag zwar die oberste Einkommensschicht interessieren, aber sicher nicht den Mittelstand, und die Menschen mit niedrigen Einkommen schon gar nicht.

Wenn man Daniel Arn gehört hat, wie er seine Initiative angepriesen hat, könnte man meinen, dass die Initiative sehr allgemein ausformuliert ist. Es sind auch schon andere Redner von mir auf das Problem eingegangen, dass man eben nur eine ungefähre Stossrichtung aus dieser Initiative herauslesen kann. Aber es ist ja bekanntlich nicht so. Sie sagt klar, was sie will und das schätzen wir eigentlich auch, denn dann weiss man, wovon man spricht. Aber es gibt einen gewissen Widerspruch, eben zwischen dieser Ausformulierung und dem, wie er seine Initiative dargelegt hat.

Die EVP lehnt sowohl das Ziel dieser Initiative als auch den Weg, wie man dahin kommen soll, vehement ab. Deshalb werden wir auch die vorläufige Unterstützung ablehnen, obwohl man uns suggerieren will, dass man noch über alles reden kann. Die Initiative schadet dem Kanton Bern auf der ganzen Linie und taugt sicher nicht dazu, unseren Kanton in eine gute Zukunft zu führen.

Christine Bühler, Romont BE (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Es ist unbestritten, dass die Steuerlast im Kanton Bern für natürliche Personen im interkantonalen Vergleich hoch ist, und die Gründe dazu, die dazu führen, sind auch bekannt. Der Steuersatz ist einer von verschiedenen Gründen, warum sich eine Person den Kanton Bern als Wohnort auswählt. Gute ÖV-Verbindungen, intakte

Naherholungsgebiete, gute medizinische Versorgung oder ein umfassendes Bildungswesen sind aber auch wichtige Gründe, dass eben jemand in den Kanton Bern wohnen kommt. Mit einer radikalen Senkung der Steuern würden aber genau diese positiven Aspekte den eben nötigen Sparmassnahmen zum Opfer fallen.

Die vier Forderungen der parlamentarischen Initiative sind klar und deutlich formuliert. Aber in der Begründung wird immer wieder auf den Gestaltungsspielraum hingewiesen und es ist damit also relativ schwierig zu beurteilen, worüber wir dann hier genau sprechen sollten. Die Steuererhöhungen stehen für die Fraktion der Mitte ausser Frage, aber mindestens so fest auch im Moment Steuerensenkungen. Die Fraktion der Mitte empfiehlt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die parlamentarische Initiative mehrheitlich, das heisst mit 11 Stimmen und 3 Enthaltungen zur Ablehnung.

Raphael Lanz, Thun (SVP), Fraktionssprecher. Ich darf Ihnen die Haltung der SVP-Fraktion darlegen. Ich halte mich an die Flughöhe der Verfassung – relativ hoch – und werde mich auch kurzhalten, wie das gewünscht ist. Diese parlamentarische Initiative hat aus unserer Optik zwei Seiten. Wir haben aus unserer Optik eine Aktivseite: Wir teilen nämlich die Zielsetzung, dass die Steuerbelastung im Kanton Bern – übrigens sowohl für die juristischen wie auch für die natürlichen Personen – im Bereich des schweizerischen Mittels sein sollte. Diese Zielsetzung teilen wir, und insofern sind wir mit der parlamentarischen Initiative einig.

Eher auf der Passivseite ist für uns der vorgeschlagene Umsetzungsmechanismus. Wir haben bereits verschiedene Problematiken gehört; insbesondere der Kommissionssprecher hat das ausgeführt. So, wie das jetzt aufgegleist ist, beurteilen wir das als eher nicht praktikabel. Insbesondere das Zusammenspiel der Kantonssteuern mit den Gemeindesteuern – das haben wir gehört – kann man so nicht machen, wie das vorgeschlagen ist. Allerdings ist es natürlich so, dass die parlamentarische Initiative da noch Gestaltungsspielraum lässt, man kann das auch anpassen. Die Initianten haben ja auch signalisiert, dass sie bereit wären, das – es müsste wahrscheinlich das Ganze sein, wenn das unterstützt würde – wieder auf die Flughöhe der Verfassung hochzunehmen.

Insgesamt wird die SVP-Fraktion dieses Signal aussenden wollen, womit wir gerne in den Bereich des schweizerischen Mittels kommen möchten. So wird es viele haben, die zustimmen werden. Es wird andere haben, die nicht zustimmen können. Diese werden sich enthalten, weil für sie die Schwierigkeiten bei der Umsetzung, so wie das skizziert ist, doch einfach zu beträchtlich sind.

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Fraktionssprecher. Ich staune schon, wenn ich Ihnen zugehört habe. Wenn man den Text der parlamentarischen Initiative für den Klimaartikel liest und jetzt den Klimaartikel in der Verfassung anschaut, hat man gesehen, wie gut die Kommission damals gearbeitet hat. Genau das wollen wir auch mit dieser parlamentarischen Initiative. Ich hätte die Voten von Ihnen allen hören wollen, wenn wir keinen Vorschlag gemacht hätten, sondern einfach gesagt hätten: «Wir wollen bei der Steuerbelastung im Kanton Bern einfach irgendwo in ein Mittelfeld kommen.» Dann wären genau die gleichen Argumente gekommen: «Ja, wie könnte man denn das machen» und so weiter. Wir hätten also vermutlich einreichen können, was wir wollen.

Hier geht es einfach um die Frage: Will man eine Strategie, damit der Kanton Bern, die Steuerzahlenden des Kantons Bern irgendeine Aussicht haben, einmal eine Entlastung erfahren zu können oder will man das nicht? Dass die SP ... Ich musste schmunzeln, was du, Ulrich, gesagt hast. Wenn ich die Traktanden 12 und 13 anschau und sehe, wie viele Anträge auf Steuererhöhungen dann wieder von eurer Seite kommen, und du sagst, ihr seid eigentlich ja nicht für Steuererhöhungen usw. oder für einen fairen Finanzausgleich ... Das muss du dann vielleicht den anderen Kantonen noch einmal erklären, was ein fairer Finanzausgleich für den Kanton Bern ist.

Hier geht es wirklich nur darum: Wollen wir eine Strategie, irgendeinmal eine Steuersenkung zu haben oder nicht? Dass man jetzt so plafoniert mit Argumenten kommt und schon Zahlen hintendran nennt – da geht es einfach um eine Gesprächsverweigerung, nichts anderes. Und dass das sogar noch die Parteien sind, die sich jeweils noch ein wenig liberal oder in der Mitte sehen – dass diese nicht einmal eine Meinung dazu haben, hat mich erstaunt. Also bitte, wenn Sie eine Strategie wollen, wenn Sie eine Diskussion wollen und wenn Sie wollen, dass die FiKo da die Arbeit aufnimmt und vielleicht einen guten Lösungsansatz hat, dann stimmen Sie unserer Initiative zu.

Le président. La parole n'est plus demandée. Nous allons donc voter sur cette affaire du point numéro 5 : les député-e-s qui acceptent cette intervention votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.170

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	62
Nein / Non	73
Enthalten / Abstentions	8

Le président. Vous avez rejeté cette intervention.